

Antrag

der Abgeordneten Volker Neumann (Bramsche), Hans Gottfried Bernrath, Rudolf Bindig, Freimut Duve, Dr. Uwe Holtz, Walter Kolbow, Dr. Klaus Kübler, Dieter Schloten, Margitta Terborg, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Verfolgung der Baha'i im Iran

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag,

- in Sorge über die fortwährende Verfolgung der rund 300 000 Angehörigen der Baha'i-Religionsgemeinschaft im Iran und der damit einhergehenden Verletzung der Menschenrechte, insbesondere
 - a) des Ausschlusses der Baha'i-Minderheit von jeglichem gesetzlichen Schutz sowie der Wahrnehmung der bürgerlichen und politischen Rechte;
 - b) des Entzugs bzw. der Beschlagnahmung der Existenzmittel und der Existenzgrundlage von Baha'i sowie der willkürlichen Entlassung bzw. Verweigerung der Beschäftigung von Baha'i;
 - c) der Verweigerung des Zugangs von Baha'i zu Schulen und Universitäten;
 - d) der Drohungen und Gewaltakte gegen die Baha'i, mit denen sie gezwungen werden sollen, ihrem Glauben abzuschwören;
 - e) der Verweigerung der freien Ausreise für im Iran lebende Baha'i;
- eingedenk seiner Entschließung vom 25. Juni 1981 (Drucksache 9/614)
 - 1. stellt fest, daß seit 1989 keinerlei Hinrichtungen von Baha'i mehr erfolgten und die Zahl willkürlicher Inhaftierungen von Baha'i zurückgegangen ist;
 - 2. verurteilt jedoch die andauernde Verletzung der Menschenrechte gegenüber allen religiösen Minderheiten im Iran und im besonderen gegenüber den Baha'i, deren Rechte als religiöse Minderheit von der iranischen Verfassung nicht anerkannt werden;

3. ersucht die iranische Regierung, den Baha'i die amtliche Anerkennung und den Schutz zu gewähren, der gemäß den auch vom Iran ratifizierten Vereinbarungen und Konventionen der UNO über die politischen und bürgerlichen Rechte jeder Minderheit zusteht;
4. ersucht die Bundesregierung und die im Rahmen der politischen Zusammenarbeit tagenden Außenminister der Europäischen Gemeinschaft, bei den iranischen Behörden dringend vorstellig zu werden und die Verletzung der Menschenrechte von religiösen Minderheiten insbesondere der Angehörigen der Baha'i-Religionsgemeinschaft im Rahmen der bilateralen Beziehungen beharrlich zur Sprache zu bringen, damit sie in aller Freiheit ihre Religion ausüben und alle bürgerlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte in Anspruch nehmen können.

Bonn, den 14. November 1991

Volker Neumann (Bramsche)
Hans Gottfried Bernrath
Rudolf Bindig
Freimut Duve
Dr. Uwe Holtz
Walter Kolbow
Dr. Klaus Kübler
Dieter Schloten
Margitta Terborg
Dr. Peter Struck
Hans-Ulrich Klose und Fraktion